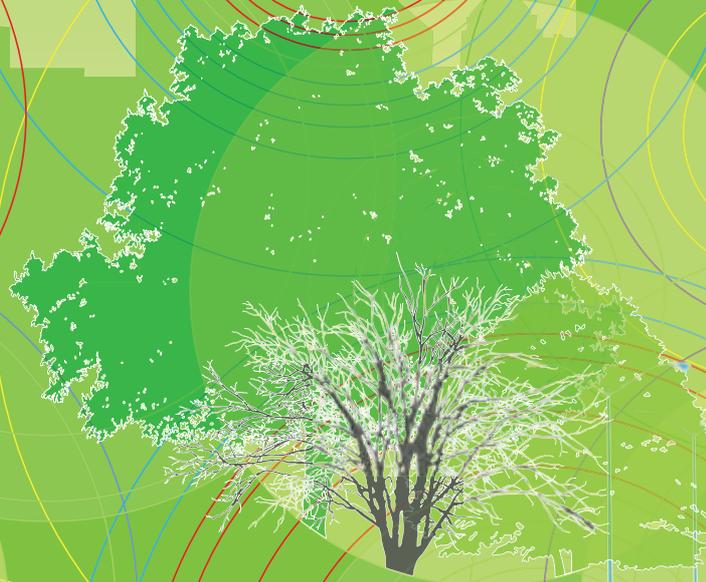


AKZENTUIERT





VERANTWORTLICH WIRTSCHAFTEN

**THEMEN DIESES
SCHWERPUNKTS**

IM FOKUS: Das große Umdenken – auf dem Weg zu einer sozialen und ökologischen Wirtschaft

IM ÜBERBLICK: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

IM INTERVIEW: Bundesminister Dirk Niebel

IN ZAHLEN: Kosten und Nutzen verschiedener Wirtschaftsweisen

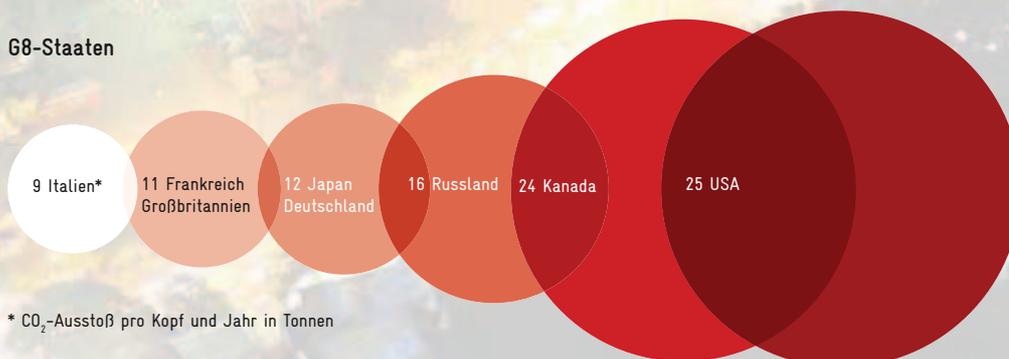
BOOMTOWN MUMBAI: In den nächsten Jahrzehnten will Indien zur Weltwirtschaftsmacht aufsteigen. Um diesen Prozess möglichst nachhaltig zu gestalten, hat die Regierung ein Programm aufgelegt, das alternative Energien und das Energiesparen fördert.



DIE GRÖSSTEN CO₂-VERURSACHER

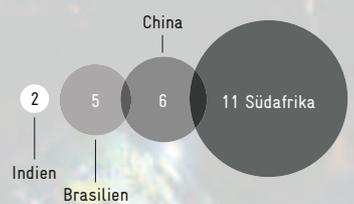
Pro Kopf betrachtet liegt der CO₂-Ausstoß der G8-Länder deutlich über dem der wichtigsten Schwellenländer.

G8-Staaten



* CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr in Tonnen

Schwellenländer



Quelle: WWF/Allianz 2009

Das große Umdenken

Verantwortungsvolles Wirtschaften erfordert, dass Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an einem Strang ziehen. Eine Herausforderung, der sich immer mehr Länder stellen – im Norden und im Süden.

Text Karin Vogelsberg **Illustrationen** Mira Gatermann und Sabine Schiemann

Wirtschaftswoche-Chefredakteur Roland Tichy schrieb Ende 2010 in einem Editorial: „So, wie sich in den Sechzigerjahren die Menschen für das Raumfahrtprogramm Apollo begeistert haben und später für das Internet, so sind heute nachhaltige Themen der Stoff, aus dem die Träume sind. Noch ist vielleicht die Wirtschaft nicht grün – aber die Utopien sind es längst.“

Stimmt das? Ist eine soziale und ökologische Wirtschaftsweise bisher nur eine Vision? Immerhin gibt es schon genaue Vorstellungen davon, was sie bewirken kann: Sie soll dazu beitragen, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. In der Definition des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) ist die sogenannte „Green Economy“ ein ganzheitliches System, das Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Umwelt einschließt. Eine gute Regierungsführung ist Voraussetzung für „Green Economy“, denn der Staat muss Voraussetzungen und Anreize für eine sozial- und umweltverträgliche Wirtschaftsweise schaffen. „Grünes“ Wirtschaften bedeutet, dass sich Produktionsprozesse und Konsumverhalten ändern. Faire Handelsbeziehungen werden etabliert, Abfall und Verschmutzung reduziert, Ressourcen geschont. „Green Economy“ soll die Armut eindämmen und gerechte Lebensbedingungen fördern. Und es entstehen neue, menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten.

Dieser Ansatz scheint auf den ersten Blick nicht neu. So orientiert sich die deutsche internationale Zusammenarbeit schon längst am Leitbild einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft. Doch verantwortliches Wirtschaften ist nicht einfach ein neuer Name für nachhaltige Entwicklung. Es ist vielmehr ein Instrument, das der nachhaltigen Ent-

wicklung neue Impulse verleiht, sie fördert, beschleunigt und konkretisiert.

Was konkret für eine soziale und umweltfreundliche Wirtschaft getan werden kann, treibt seit einigen Jahren Staaten und Staatenbündnisse sowie internationale Organisationen um. So startete UNEP im Jahre 2008 den „Global Green New Deal“, mit dem Ziel, nach der Wirtschafts- und Bankenkrise die Weltwirtschaft auf nachhaltige Weise anzukurbeln und Entwicklungsimpulse zu setzen. 2009 folgte die „Green Economy Initiative“, die Regierungen dabei helfen will, Umwelt- und Ressourcenschutz in den Mittelpunkt ihrer Politik und ihrer Investitionen zu stellen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) setzt auf „Green Growth“ und damit auf Programme, die auf sozial und ökologisch verträgliche Weise aus der Finanzmisere heraushelfen sollen. Und 2012 wird „Green Economy“ ein Schwerpunkt des Weltgipfels Rio+20 der Vereinten Nationen (UN) sein.

Eine Mammutaufgabe

Das breitgefächerte internationale Interesse lässt erkennen: Es geht um globale Herausforderungen. Soziale Ungerechtigkeit, Klimawandel, der Verlust natürlicher Ressourcen und der Artenvielfalt betreffen nicht zuletzt durch ihre volkswirtschaftlichen Folgen sowohl reiche als auch arme Länder. Um die Probleme in den Griff zu bekommen, sind „tektonische Umbrüche“ nötig, heißt es in einem Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) über den Weg zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft. Es gibt gute Gründe, diese »

Mammutaufgabe anzugehen: zum Beispiel die soziale Ungleichheit, die zunimmt – auch in den wohlhabenderen Ländern. Verschärft werden die sozialen Missstände von schwerwiegenden ökologischen Problemen. Vier Monate lang lebte die gesamte Menschheit im vergangenen Jahr auf Pump bei der Natur. Die Organisation Global Footprint Network hat errechnet, dass der 21. August 2010 „Earth Overshoot Day“ war – der Tag, an dem die Weltbevölkerung ihr ökologisches Budget für das Jahr aufgebraucht hatte. Alle natürlichen Ressourcen, die wir danach noch nutzten, konnten nicht mehr regeneriert werden. Aktuell verbrauchen wir das Äquivalent von eineinhalb Erden, und jährlich wird die Lücke zwischen Angebot und Verbrauch größer. Doch die Erde ist kein unendlich geduldiger Kreditgeber. Die Menschheit zahlt kräftig Lehrgeld für ihr unvernünftiges Wirtschaften: Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Entwaldung, Wassermangel und Lebensmittelknappheit sind die Folgen.

Der hohe Preis, den die Natur uns zahlen lässt, ist aber nicht nur symbolisch zu verstehen. Der maßlose Verbrauch ist teuer, auch in Geld berechnet. „Wenn man natürliche Ressourcen kostenlos nutzen und daran verdienen kann, dann ist das Marktversagen“, stellt der Ökonom Pavan Sukh-

dev fest. Er leitete im Auftrag der deutschen Regierung und der EU-Kommission die Studie „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) und ist heute Leiter der „grünen“ Wirtschaftsinitiative der Vereinten Nationen. Die Studie klebt – bildlich gesprochen – ein Preisschild auf die Natur. Die sozialen und ökologischen Kosten der Naturzerstörung werden auf diese Weise sichtbar. Den jährlichen Waldverlust berechnet die Studie zum Beispiel mit 2.000 bis 5.000 Milliarden US-Dollar – dagegen nehmen sich die Kosten der Bankenkrise fast bescheiden aus. Das Ökosystem in Geld aufzuwiegen ist nicht unumstritten, da die Berechnungen komplex sind und auf Schätzungen fußen. Doch die Kalkulationen machen unmissverständlich klar: Ein „Weiter so“ können wir uns nicht leisten.

Die Folgen bekommen vor allem die armen Länder zu spüren. Sie zahlen die Zeche dafür, dass der Kredit der Natur so kräftig überzogen wird. Dabei tragen sie am wenigsten zu dieser Misswirtschaft bei. In Asien und Afrika beispielsweise machen sich die negativen Folgen des Klimawandels schon bemerkbar und verschärfen die sozialen Probleme: Temperaturanstiege und Wasserknappheit führen zu Ernteausfällen, die Armut und Hunger verschlimmern. 25 Millionen Kli-

AUS DER ARBEIT DER GIZ > VERANTWORTLICH WIRTSCHAFTEN

>INDIEN

Ökologische Waldbewirtschaftung



Auftraggeber: Gujarat Forest Department, Regierung des Bundesstaates Gujarat
Finanzier: Japan Bank for International Cooperation
Laufzeit: 2008 bis 2013

Es ist ein weltweites Anliegen, Wälder zu erhalten und zu schützen. Im indischen Bundesstaat Gujarat fördert GIZ International Services in enger Abstimmung mit nationalen und internationalen Partnern die Kooperation der für den Erhalt der Wälder in der Region zuständigen Verwaltung und der verschiedenen Gemeinschaften, die in den Wäldern leben und sie bewirtschaften. Indem die Verwaltung zukünftig eine klar definierte Rolle und festgelegte Aufgaben übernimmt und die Bevölkerung angemessen an der Nutzung der Wälder beteiligt, verbessert sich die Lebenssituation der Bewohner und der Wald ist langfristig geschützt.

>MONTENEGRO

Entwicklung touristischer Gebiete



Auftraggeber: BMZ; Kofinanzierung durch die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (ADA) und das norwegische Außenministerium
Partner: Ministerium für Nachhaltige Entwicklung und Tourismus der Republik Montenegro
Laufzeit: Januar 2006 bis Juni 2011

Landschaftliche und regionale Vielfalt Montenegros machen den Tourismus zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige. Die Urlaubsgebiete sollen nachhaltig erschlossen werden, daher werden Natur- und Umweltschutz bei allen Maßnahmen mitgedacht. Um einen sanften Tourismus zu ermöglichen, ist die Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten einbezogen: Es entstehen Wanderwege und Mountainbike-Strecken sowie Weinstraßen und Angelmöglichkeiten. Im Nationalpark Skutarisee können die Touristen nun beispielsweise Weingüter besuchen, Kajak fahren oder eine geführte Tour buchen.

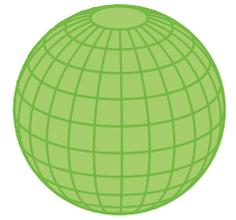
maflüchtlinge gibt es heute schon, in den nächsten Jahren könnte sich die Zahl verdoppeln, befürchtet man bei UNEP. Der Schwund der natürlichen Ressourcen stellt für die Entwicklungsländer eine unmittelbare Existenzbedrohung dar. Mehr als eine Milliarde Menschen sind direkt auf funktionierende Ökosysteme angewiesen, zum Beispiel, weil sie von Landwirtschaft oder Fischfang leben.

Wie lassen sich die Probleme lösen? Müssen sich alle mit weniger zufrieden geben? Für die reichen Länder wäre das durchaus eine Möglichkeit – und es würde ihnen vermutlich nicht einmal sehr viel ausmachen. Das legt zumindest die Studie BP World Values Survey nahe. Sie weist nach, dass jenseits eines bestimmten Standards, der auskömmliche und gesunde Lebensumstände sichert, zusätzlicher Konsum keine weitere Steigerung der Zufriedenheit bedeutet. Für die armen Länder ist Verzicht allerdings keine Option. Sie wollen und müssen sich wirtschaftlich weiterentwickeln.

Zunehmender finanzieller Wohlstand garantiert aber noch keine nachhaltige Entwicklung. Schließlich finden Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung nicht immer gleichzeitig statt. Der Human Development Index (HDI) betont deshalb die Wahlmöglichkeiten der Menschen. Das Ein-

kommen ist neben Faktoren wie Bildungsmöglichkeiten und Lebenserwartung nur ein – wenn auch wichtiges – Indiz für den Entwicklungsstand eines Landes. Der Happy Planet Index der britischen Denkfabrik „New Economics Foundation“ setzt die Zufriedenheit in Relation zum Ressourcenverbrauch und belegt, dass ein gutes Leben nicht die Welt kosten muss.

Doch viele Entwicklungs- und Schwellenländer sorgen sich um ihr Wachstum, wenn die Umwelt eine zentrale Rolle im Wirtschaftsleben spielen soll. Das zeigte die Diskussion im Rahmen des Vorbereitungstreffens vor Rio+20 im Mai 2010. Die Diplomaten der G77, der Entwicklungsländergruppe der UN, stimmten dem Gipfel-Thema „Green Economy“ nur zögerlich zu – obgleich der Gipfel das ökologische Wirtschaften ausdrücklich in den Kontext der Armutsbekämpfung stellt. Der Vertreter Indiens brachte die Skepsis auf den Punkt: Für sein Land sei es wichtig, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen – auch um den Preis höherer CO₂-Emissionen. Viele Entwicklungsländer befürchten durch „Green Economy“ Nachteile wie einen „grünen Protektionismus“. Sie mutmaßen, die Industrieländer könnten ihre Märkte durch nichttarifäre Handelshemmnisse wie etwa Umweltstandards abschotten. Finanziell sehen sich die ärmeren Länder kaum dazu in der »



10,2*

LUXEMBURG



1,3*

VIETNAM

* Wenn alle Menschen so lebten wie in diesem Land, bräuchte man pro Jahr theoretisch so viele Erden wie angegeben, um ihren Verbrauch zu decken. Quelle: The Happy Planet Index 2.0

OSTAFRIKA

Kooperationen zu erneuerbaren Energien



Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Im Rahmen der: Exportinitiative Erneuerbare Energien
Laufzeit: seit 2009

Der Energiebedarf in Ostafrika steigt rapide an und Investitionen in die Energieversorgung sind dringend nötig. Sowohl die geografischen als auch die politischen Voraussetzungen sprechen für den Ausbau von erneuerbaren Energien in der Region. Seit zwei Jahren unterstützt die GIZ deutsche Unternehmen daher bei ihrem Schritt in die Märkte Ostafrikas. Interessierte Firmen erhalten Informationen über Marktpotenziale und Fördermöglichkeiten und können so ihr Know-how in Ländern wie Uganda oder Kenia transferieren. Durch ergänzende Politikberatung entsteht ein investitionsfreundliches Umfeld für erneuerbare Energien – davon profitieren langfristig nicht nur lokale und deutsche Unternehmen, sondern auch die Umwelt und die Menschen vor Ort.

LATEINAMERIKA/KARIBIK

Chancen der Globalisierung



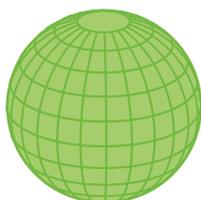
Auftraggeber: BMZ
Partner: United Nations Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC)
Laufzeit: 2006 bis 2010

Wirtschaftliche Entwicklung ist nicht automatisch mit sozialer Integration, Chancengleichheit und Nachhaltigkeit verbunden. Die GIZ berät gemeinsam mit der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik die Länder der Region dabei, die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für eine ökologisch und sozial ausgerichtete Wirtschaft in der Region zu schaffen. Die Verbesserung des Zugangs zu globalen Märkten steht ebenso im Mittelpunkt wie der Umgang mit dem Klimawandel, gute Regierungsführung und die Förderung von Innovationen. Durch gemeinsame Seminare und Publikationen, bilaterale Gespräche und Abkommen stellen die Partner die Weichen für ein breitenwirksames und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum.



2,3*

COSTA RICA



9,4*

USA

* Wenn alle Menschen so lebten wie in diesem Land, bräuchte man pro Jahr theoretisch so viele Erden wie angegeben, um ihren Verbrauch zu decken. Quelle: The Happy Planet Index 2.0

Lage, in nachhaltige Produktionsverfahren zu investieren und Personal für „grüne“ Technologien auszubilden. Defizite gibt es häufig auch im Bereich „Good Governance“. Eine nachhaltige Wirtschaft braucht verlässliche staatliche Strukturen, die Rahmenbedingungen und Gesetze zum Sozial- und Umweltschutz schaffen sowie Anreize für Innovationen bieten. Unterstützung von staatlicher Seite ist ebenfalls erforderlich, damit die Bevölkerung durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise nicht über Gebühr belastet wird. So muss es zum Beispiel für die Armen soziale Hilfen geben, sollten die Preise für Wasser und Lebensmittel steigen, weil die Kosten realistisch – das heißt inklusive der Umweltkosten – kalkuliert werden.

Chancen für Schwellenländer

In einer verantwortungsvollen Wirtschaftsweise liegen aber auch große Chancen für die Entwicklungs- und Schwellenländer. Zum Beispiel gewinnt der Ressourcenreichtum der Entwicklungsländer in einem nachhaltigen Wirtschaftssystem neuen Wert. Und gerade weil Entwicklungs- und Schwellenländer besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden, ist es in ihrem Interesse, den Treibhausgasausstoß zu begrenzen. Durch eine nachhaltige Wirtschaftsweise tun sich Möglichkeiten auf, Kosten zu sparen und zugleich die Versorgung zu verbessern. Berechnungen der Vereinten Nationen belegen, dass der Nutzen von Umweltprojekten die Kosten bei weitem übersteigt. Außerdem wird der Mehrfachnutzen von Schutzmaßnahmen oft nicht genug gewürdigt. Entschließt man sich zum Beispiel zum Schutz von Korallenriffen, hat das gleichzeitig Vorteile für den Küstenschutz, den Öko-Tourismus, die Fischerei und damit auch für die Nahrungsmittelversorgung.

Besonders viel Geld lässt sich beim Energieverbrauch sparen, denn Importe sind teuer und ineffiziente Energienutzung erhöht den Verbrauch zusätzlich. Nach Berechnungen der Internationalen Energieagentur werden sich Energieverbrauch und Treibhausgasausstoß bis 2030 um 45 Prozent erhöhen, wenn sich der heutige Trend fortsetzt. Mehr als zehn Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts werden Entwicklungsländer dann für Energie ausgeben. Geld, das ihnen für die Verbesserung von Bildung und Gesundheitsversorgung dann nicht zur Verfügung steht. Besonders groß ist der Energiehunger in den Schwellenländern. Sie wachsen so schnell, dass die Energieversorgung nicht Schritt halten kann und die Weiterentwicklung deshalb gefährdet ist. So müsste Indien in den nächsten 25 Jahren seinen Kohleverbrauch vervierfachen und könnte trotzdem seinen Bedarf nicht decken. Kein Wunder also, dass die indische Regierung ein Energieprogramm aufgelegt hat, das auch von der Bundesregierung unterstützt wird. Es verpflichtet die 5.000 größten Energieverbraucher zu er-

heblichen Einsparungen. Energiemanager werden ausgebildet und alternative Energien kommen verstärkt zum Einsatz, vor allem auf dem Land, wo bisher 500 Millionen Menschen keinen Zugang zu Elektrizität haben.

Auch die südosteuropäischen Transformationsländer müssen aus wirtschaftlichen Gründen im Energiebereich umdenken. Beispiel Montenegro: Für viel Geld muss der Kleinstaat derzeit ein Drittel seiner Energie importieren. Mit Ausnahme von Wasserkraft werden erneuerbare Energien bisher kaum genutzt. 20 bis 40 Prozent des Energieverbrauchs könnten in Wirtschaft und Haushalten kurzfristig eingespart werden. Eine Informationskampagne soll nun für einen bewussteren Umgang mit Energie sorgen. Durch Gesetze und Anreizsysteme werden nachhaltige Energiegewinnung und -nutzung von staatlicher Seite aus gefördert. „Innovative energiesparende Technologien erfordern aber auch Arbeitskräfte, die sich damit auskennen. Solche Arbeitskräfte sind in Montenegro bisher so gut wie nicht zu finden“, sagt Jeanette Burmester vom Projekt „Berufsbildung und Training“, das die GIZ im Auftrag des BMZ in Montenegro durchführt. Das soll sich in naher Zukunft ändern, denn in der Berufsausbildung finden Energieeffizienz, Umwelt- und Ressourcenschonung zunehmend ihren Platz.

In wenig entwickelten Ländern wie Uganda stellt sich das Energieproblem wieder anders dar. Zu 93 Prozent deckt der 33-Millionen-Einwohner-Staat seinen Primärenergiebedarf aus Biomasse. Dadurch geraten die ohnehin schon stark eingeschränkten Waldbestände des Landes noch mehr unter Druck. Zugang zu Elektrizität haben nur zehn Prozent der Bevölkerung, auf dem Land sind es gar nur fünf Prozent. Das ist ein Nachteil für die wirtschaftliche Entwicklung. Zusätzlich drücken Stromausfälle das Wirtschaftswachstum jährlich um bis zu zwei Prozent. Der nationale Entwicklungsplan bis 2014/15 hat sich die Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung auf die Fahnen geschrieben, da Berechnungen zeigen, dass mit erneuerbaren Energien mehr Menschen zu günstigen Preisen mit Strom versorgt werden können. Steuererleichterungen begünstigen erneuerbare Energien und seit 2011 existiert sogar eine standardisierte Einspeisevergütung für alternative Energien. Die Ziele sind ehrgeizig – doch bislang bestehen sie erst auf dem Papier.

Neue Einnahmequellen

Nachhaltiges Wirtschaften spart aber nicht nur Geld, sondern schafft auch neue Einnahmequellen. Zum Beispiel in der Landwirtschaft: 46 Milliarden US-Dollar ist der weltweite Handel mit Bioprodukten wert. Jährlich wächst der Absatz in diesem Segment um mehr als fünf Milliarden US-Dollar, meldet der Brancheninformationsservice Orga- »

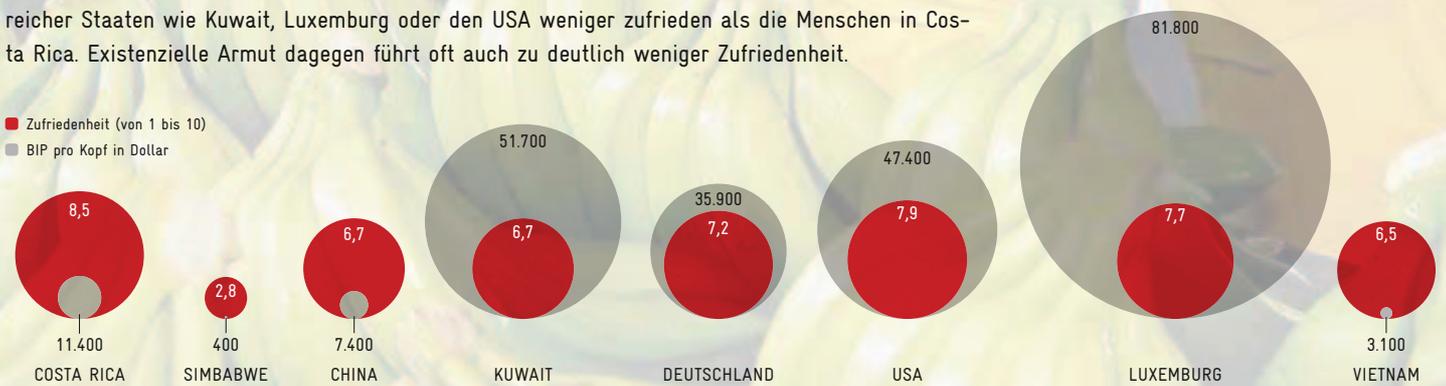


COSTA RICA: Die Menschen in dem mittel-amerikanischen Land sind laut einer Studie die zufriedensten der Welt – obwohl sie über vergleichsweise wenig Wohlstand verfügen.

GELD ALLEIN MACHT NICHT GLÜCKLICH

Die Zufriedenheit von Menschen hängt nur bedingt von ihrem Wohlstand ab: So sind die Bewohner reicher Staaten wie Kuwait, Luxemburg oder den USA weniger zufrieden als die Menschen in Costa Rica. Existenzielle Armut dagegen führt oft auch zu deutlich weniger Zufriedenheit.

■ Zufriedenheit (von 1 bis 10)
 ■ BIP pro Kopf in Dollar



Quellen: The Happy Planet Index 2.0/CIA – The World Factbook

„Ich bin überzeugt, dass mehr Entwicklungslösungen als Entwicklungsprobleme darin liegen, wenn wir die globale Erwärmung und den Verlust der Artenvielfalt angehen.“

Pavan Sukhdev, Chef der „Green Economy“-Initiative von UNEP

nic Monitor. Vorteile bringt der biologische Landbau auch der Umwelt. Durch Biolandbau verringern sich die Treibhausgasemissionen um 64 Prozent, wie UNEP ermittelt hat. Sogar der Ertrag steigt – im Durchschnitt um 79 Prozent, unter anderem weil der Landbau den Bodenverhältnissen und dem Wasserangebot angepasst wird.

Während sich Bioprodukte in den wohlhabenden Ländern wachsender Beliebtheit erfreuen, sind die Erzeuger zu 80 Prozent in Afrika, Asien und Lateinamerika zu finden. Diese Chance hat Uganda ergriffen. Wie in den meisten Ländern mit einer hohen Armutsrate lebt in Uganda der überwiegende Teil der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Meist handelt es sich um Kleinbauern, die sich teure Hilfsmittel wie Kunstdünger nicht leisten können. Aus dieser Not haben die Erzeuger eine Tugend gemacht und setzen massiv auf lukrativen, zertifizierten Biolandbau. Aktuell gibt es mehr als 215.000 Biobauern. Im vergangenen Jahr brachte der Export von Bioprodukten 36 Millionen US-Dollar ein, teilt die Organisation National Organic Agricultural Movement of Uganda (NOGAMU) mit. Für ihre Ware können die Produzenten das Zwei- bis Dreifache des Preises für konventionell erzeugte Produkte verlangen.

Montenegro hat eine Einnahmequelle im sanften Tourismus gefunden. Dem Fremdenverkehr verdankt der Kleinstaat an der Adria den größten Beitrag zu seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Vor allem das Hinterland wird derzeit für Wander- und Radreisende erschlossen. Einen Bauboom wie an der Küste will die Regierung in den neuen touristischen Regionen aber vermeiden. Gleichwohl sollen durch den Ökotourismus in den strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Abwanderung gebremst wird. Touristen suchen hier vor allem eine intakte Umwelt – und in diesem Bereich musste das exjugoslawische Land erst einiges tun. „Noch in den 1990er Jahren sah es in Montenegro gar nicht gut aus für Natur und Umwelt“, berichtet Jeanette Burmester. Der Krieg, die internationale Isolation und die Auflösung aller bis dahin gültigen Systeme hatten auch die Ökosysteme geschädigt. Seither hat Montenegro daran gearbeitet, sich nicht nur politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich zu entwickeln, sondern auch ökologisch. Das kleine Land ist stolz darauf, als weltweit erster Staat nachhaltige Entwicklung zum Verfassungsziel erklärt zu haben.

Die Motivation hierfür liegt nicht nur im Tourismus als Einnahmequelle. Ende 2010 erhielt Montenegro den Status „EU-Beitrittskandidat“ – das ist ein starker Ansporn, den Nachhaltigkeits-Standards der EU zu genügen, zum Beispiel im Hinblick auf die Reduzierung der Treibhausgase oder Energieeinsparungen. Indem sich das Transformationsland an der EU orientiert, will es seine Kooperationsfähigkeit beweisen und verstärkt westliche Investoren anziehen.

Technologie wieder im Fokus

„Durch verantwortungsvolles Wirtschaften gerät auch die Technologie wieder stärker in den Fokus der Zusammenarbeit zwischen Partnerländern“, erläutert Andreas Villar, GIZ-Projektleiter Energie und Klima. Insbesondere Transformations- und Schwellenländer, die vor Investitionen in Energie und Infrastruktur stehen, haben die Möglichkeit, direkt auf neue, zukunftsfähige Verfahren zu setzen. „In manchen Regionen der Welt ist es möglich, eine technologische Generation völlig zu überspringen“, so die Einschätzung von UNEP-Chef Achim Steiner. Im Energiebereich gibt es dafür zahlreiche Beispiele, etwa das Vorhaben „Desertec“, das in der Region Nordafrika/ Mittlerer Osten mittels Solarkraftwerken saubere Energie aus der Wüste gewinnen will. Indien hat nach Regierungsangaben vor, die „Supermacht der Windenergie“ zu werden. Windkraftanlagen aus Indien werden bis nach Australien und in die Vereinigten Staaten geliefert. China ist inzwischen der größte Produzent von Solarpanels. Im Bereich erneuerbare Energien hat China in den letzten Jahren 1,5 Millionen Jobs geschaffen.

Die internationale Zusammenarbeit kann die Partnerländer durch Technologiekooperationen – zum Beispiel in Form von Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP) – bei ihrer technischen Entwicklung unterstützen. Fester Bestandteil solcher Technologiekooperationen muss der Aufbau von Know-how vor Ort sein. Nur auf diese Weise kann die Technologie nutzbringend eingesetzt werden, während zugleich neue, qualifizierte Jobs entstehen. Speziell für deutsche Technologieunternehmen, als Weltmarktführer in einer Reihe effizienter und innovativer Umwelttechnologien, ist eine verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft und Entwicklungspolitik von großem Interesse. Gerade bei umweltfreundlichen Technologien besteht eine große Nachfrage in vielen Entwicklungs- und

Schwellenländern; investitionsförderliche Rahmenbedingungen sind aber selten gegeben. Hier können Programme der Entwicklungszusammenarbeit hilfreich sein. Für ein Land wie Deutschland mit der weltweit größten installierten Windkraftkapazität, der höchsten Verwertungsquote bei Verpackung, Glas und Papier, das führend im Bereich der wärmedämmenden Bautechnologien ist, besteht die Chance, neben den entwicklungspolitischen Zielen auch Synergien mit außenwirtschaftlichen Interessen Deutschlands in den Programmen zu berücksichtigen und weiter auszubauen.

Die Festigung und Verbesserung der Position der deutschen Wirtschaft in den Wachstumsmärkten sichert auch Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und schafft welche in den Partnerländern. Durch die Flankierung der Entwicklungskonzepte der Bundesregierung durch deutsche Unternehmen auf strategischen Wachstumsmärkten kann eine „Triple-win-Situation“ entstehen: saubere Technologien, Know-how-Transfer und Beschäftigungsmöglichkeiten (green jobs) für Entwicklungsländer; ein Ausbau der Weltmarktführerschaft der deutschen Industrie in den Bereichen Umwelt- und Klimatechnologie; und eine Verbesserung der globalen Umweltsituation. Die internationale Zusammenarbeit ist aber nicht nur in Technologiekooperationen gefragt. Ihre Unterstützung wird auf breiter Ebene gebraucht, damit ökologisches und soziales Wirtschaften in den ärmeren Ländern Fuß fasst. Die deutsche Entwicklungspolitik verfolgt seit jeher einen ganzheitlichen Ansatz. „Gleichwohl fordert der Fokus auf eine umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsweise noch stärker als bisher ein sektorübergreifendes Konzept, den gesamtwirtschaftlichen Blick“, betont Andreas Villar.

Eingreifen statt reagieren

Den Ehrgeiz, alle relevanten Sektoren in ein nachhaltiges Wirtschaftskonzept einzubeziehen, hat zum Beispiel das Programm „Umweltmanagement-Beratung“, das die GIZ im Auftrag des BMZ in Indien durchführt. Die GIZ berät und unterstützt die zuständigen Regierungsstellen dabei, Umweltmanagement in der Industrie und den Städten durchzusetzen. Man will weg vom bloßen Reagieren auf Missstände, die durch zunehmende Verstädterung, Industrialisierung und wachsenden Konsum entstehen. Stattdessen will Indien aktiv eine umweltgerechtere Wirtschaftsweise gestalten und die Lebensqualität verbessern. Diese Ziele sollen mit deutscher Unterstützung erreicht werden, das Umweltmanagement-Programm umschließt viele Bereiche – von der Umweltgesetzgebung bis zu nachhaltigem Konsum, von Verbraucherschutz bis Stadtentwicklung.

Ein solcher ganzheitlicher Ansatz ist nötig, weil Verbesserungen in einzelnen Bereichen kein wirklich nachhaltiges

System schaffen. Die Volksrepublik China zum Beispiel beeindruckt durch ihr Wirtschaftswachstum und die Eindämmung der Armut. Sie erntet außerdem international Lob für ihre erheblichen Investitionen in ökologische Nachhaltigkeit. Rund 218 Milliarden US-Dollar aus dem Konjunkturprogramm zur Abfederung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise steckte die Volksrepublik in den Aufbau „grüner“ Infrastruktur. Doch die soziale Entwicklung hinkt hinterher. Es herrscht extreme Ungleichheit, vor allem zwischen Stadt und Land. Das soziale System ist instabil und es fehlt an Absicherung, zum Beispiel im Fall von Krankheit und Arbeitslosigkeit. Berufliche Bildung und Gesundheitsversorgung genießen noch nicht den nötigen Stellenwert.

Auch Uganda ist trotz seiner Erfolge im ökologischen Landbau von Nachhaltigkeit noch weit entfernt. So bietet der Export von Bioprodukten eine gute Einnahmequelle – belastet aber auch die globale Ökobilanz. Dazu kommen weitere Probleme: „Die Umwelt bekommt nicht genug Aufmerksamkeit. Die natürlichen Ressourcen geraten angesichts des Bevölkerungswachstums unter Druck“, kritisiert der Wissenschaftler Robert Bakiika von der Nichtregierungsorganisation Environmental Management for Livelihood Improvement. Bakiika rügt die Entwaldung, die Wasserverschmutzung und den sorglosen Umgang mit Abfall in seinem Land. Und der Druck auf die Natur wächst, insbesondere, da Uganda dabei ist, Ölquellen zu erschließen.

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern ist Deutschland auf einem guten Weg zur Nachhaltigkeit. Das Statistische Bundesamt misst alle zwei Jahre die Fortschritte der Bundesrepublik auf dem Weg zu selbst gesetzten Nachhaltigkeitszielen. Derzeit weisen 19 der 35 untersuchten Indikatoren in die richtige Richtung. Nachbesserungsbedarf besteht aber zum Beispiel im Bereich Verkehr. Könnte man sich etwa zu einem Tempolimit entschließen, würde das im Jahr drei Millionen Tonnen CO₂ einsparen, hat das Umweltbundesamt errechnet. Und allein 2008 wurden im Verkehrsbereich ökologisch nachteilige Subventionen in Höhe von 23 Milliarden Euro getätigt. Auf der anderen Seite hat Deutschland seit den 1990er Jahren große Anstrengungen unternommen, Wirtschaftswachstum und Schadstoffausstoß zu entkoppeln. Luft und Gewässer sind immer sauberer geworden, zumal auch Unternehmen die Vorteile einer umwelt- und sozialverträglichen Wirtschaftsweise erkannt haben. Bis 2020 will Deutschland seinen Treibhausgasausstoß um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 senken. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, derzeit tragen die Erneuerbaren 16 Prozent zum deutschen Strommix bei.

Vor dem Weltgipfel Rio+20 wirbt die Bundesregierung in ihrem „Magazin für Entwicklungshilfe“ aktiv für „Green Economy“ und macht sich stark für globale Lösungen, »



* Wenn alle Menschen so lebten wie in diesem Land, bräuhete man pro Jahr theoretisch so viele Erden wie angegeben, um ihren Verbrauch zu decken.
Quelle: The Happy Planet Index 2.0

» INTERVIEW

„ÖKONOMIE UND ÖKOLOGIE VERKNÜPFEN“

Bundesminister Dirk Niebel über die Ziele der Bundesregierung für Rio+20 sowie Chancen und Herausforderungen einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

Mit Rio+20 steht im Jahr 2012 der nächste große UN-Gipfel ins Haus. Welche Debatten werden in der Bundesregierung zum Thema „Green Economy im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsminderung“ aktuell geführt? Wo sehen Sie die Stellschrauben, damit es auch für die Ärmsten positive Effekte hat? Die Bundesregierung hat sich im EU- und VN-Rahmen aktiv dafür eingesetzt, das Thema „Green Economy im Kontext nachhaltiger Entwicklung und Armutsminderung“ prominent auf die Tagesordnung der VN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) zu setzen. Wirtschaftliche Entwicklung ist eine wichtige Voraussetzung für Armutsminderung und bessere Lebensbedingungen der Menschen. Studien haben jedoch gezeigt: Eine fehlende Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie führt zu sinkendem Wohlstand, auch für die Ärmsten, die häufig besonders von der Nutzung natürlicher Ressourcen abhängen.

Unser Ziel ist daher, wirtschaftliche Entwicklung in unseren Partnerländern so zu unterstützen, dass sie ökologisch verträglich ist und armutsmindernd wirkt. So bietet ein gezieltes, intelligentes Management von natürlichen Ressourcen die Chance für lokales, breitenwirksames Wirtschaftswachstum, das den Armen Einkommen ermöglicht. Einige Beispiele sind hier der Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser, die nachhaltige Kommerzialisierung von Walderzeugnissen und medizinischen Pflanzen oder die Erosionsbekämpfung zur Sicherung von fruchtbarem Acker- oder Weideland. Ebenso erhöht die Förderung einer dezentralen Energieversorgung aus regenerativen Quellen die Möglichkeiten für ländliche Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben.

Die Schwellenländer Indien und China wachsen rasant. Was kann die internationale Zusammenarbeit tun, damit Nachhaltigkeit auch dort ein Paradigma für die Wirtschaft wird?

Wir dürfen keine falschen Erwartungen wecken, dass wir auf diese großen aufstrebenden Länder ohne weiteres Einfluss ausüben könnten. Indien zum Beispiel versteht sich als Weltmacht, das Wirtschaftswachstum liegt um 9 Prozent und dort leben fast 1,2 Milliarden Menschen. Fragen der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit gewinnen dort immer mehr an Bedeutung. Die Regierungen dieser Länder sind sich voll bewusst, vor welchen enormen Herausforderungen sie zum Beispiel im Energiebereich oder etwa in der Berufsbildung stehen. Und: Sie wissen auch, wer in der Welt das technologische Know-how und die Erfahrung hat, um diese Probleme anzugehen. Die Deutschen werden gerade bei den beiden genannten Themen in Indien für äußerst kompetent gehalten. Im Rahmen unserer bilateralen Zusammenarbeit unterstützen wir daher die indische Regierung bei ihrer Anstrengung, die effiziente Verwendung von Energie auf nationaler Ebene erheblich zu verbessern. Ähnliches gilt für den Berufsbildungsbereich, wo wir Ausbildungsinstitute fördern, die dann mit indischem Geld in der Breite nachgeahmt werden könnten. Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit China haben wir übrigens eingestellt. Dort können wir allenfalls noch mit länderübergreifenden Instrumenten und Regionalprogrammen aktiv werden.

In der Entwicklungspolitik ist Nachhaltigkeit das Leitbild. Wo sehen Sie die größten Handlungsfelder der Entwicklungszusammenarbeit, um nachhaltiges Wirtschaften in den Partner-



Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ländern, aber auch auf globaler Ebene zu verwirklichen? Welche Akteure müssen stärker oder anders einbezogen werden als bisher?

Ich halte eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung für die beste Armutsbekämpfung. Daher ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einer der Schwerpunkte unserer neuen Entwicklungspolitik. Wo Unternehmen sozial und ökologisch verträglich investieren und Arbeitsplätze schaffen, ermöglichen sie Menschen ein eigenes Einkommen – das ist die ideale Hilfe zur Selbsthilfe. Daher fördern wir Corporate Social Responsibility, also eine sozial und ökologisch verantwortliche Unternehmensführung, und wir unterstützen deutsche Unternehmen, die sich in Entwicklungsländern nachhaltig engagieren: durch günstige Kredite, durch Beratung und durch unser Programm develoPPP.de für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft.

Zugleich fördern wir gute Regierungsführung und damit gute Rahmenbedingungen in unseren Partnerländern. Unternehmen können sich nur dann entfalten, wenn die Rechtslage verlässlich ist und Investitionen nicht durch übermäßige Bürokratie oder gar Kor-

ruption behindert werden. Und wir setzen auf Bildung als Schlüsselthema in der Entwicklungszusammenarbeit – denn Bildung ermöglicht den Menschen, selbstbestimmt ihr Schicksal zu gestalten. Ein gutes Bildungsniveau der Menschen schafft wirtschaftliche Chancen, die Armut zu überwinden, und befähigt sie, die nachhaltige Entwicklung ihrer Gesellschaften selbst voranzutreiben.

Eine nachhaltige Wirtschaft ist nur möglich, wenn auch die Verbraucher bewusster werden in ihrer Rolle als globaler Konsument. Welche Rolle hat die Gesellschaft auf dem Weg hin zu einer verantwortlichen Wirtschaft? Was kann der Einzelne tun? Wo sehen Sie Ansatzpunkte für Menschen, die etwas tun möchten, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu schaffen?

Der Verbraucher spielt eine wichtige Rolle im weltweiten Warenhandel. Durch seine Kaufentscheidungen kann er unmittelbar Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Entwicklungsländern nehmen.

Immer mehr Unternehmen berücksichtigen zusätzliche Umwelt- und Sozialstandards in ihrer Produktion. Für Konsumenten sind diese an Siegeln wie dem FSC-Siegel (aus nachhaltiger Waldwirtschaft) für Holz- und Papierprodukte zu erkennen. Auch der Kauf von Produkten aus fairem Handel kann beispielsweise helfen, die beteiligten Produzenten aus extremer Armut zu befreien. Er fördert lokale organisatorische Basisstrukturen sowie nachhaltiges Wirtschaften. Unser Hauptziel ist, den „neu Interessierten“ oder noch Unentschlossenen individuelle Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie und wo sie sich developmentpolitisch engagieren können. So haben wir unsere Homepage entsprechend umgestaltet. Wir werden es zudem bald Bürgern sehr viel einfacher machen, sich developmentpolitisch zu engagieren, indem wir eine „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“ gründen werden, die Anfang 2012 ihre Arbeit aufnehmen soll. Sie wird nicht nur vorhandene Instrumente der developmentpolitischen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft bündeln. Von hier wird künftig Beratung, Begleitung, Finanzierung, Qualifizierung sowie Informations- und Bildungsarbeit organisiert und unterstützt. Die Servicestelle soll den Initialen unseres Ministeriums als „BürgerMitmachZentrale“ einen neuen, frischen Impuls verleihen und Anlaufstelle für alle Ideen, Anfragen und Förderanträge aus dem zivilgesellschaftlichen und kommunalen Bereich sein.

www.develoPPP.de

um die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen des Klimawandels in den Griff zu bekommen. Den Klimaschutz in den Entwicklungsländern unterstützt Deutschland mit mehr als einer Milliarde Euro und investiert weltweit mehr als 500 Millionen Euro, um Energieressourcen effizienter und klimafreundlicher zu nutzen. Das Engagement entsteht nicht allein aus globalem Verantwortungsgefühl, sondern auch aus wirtschaftlichem Interesse, wie die Bundesregierung unumwunden erklärt: Eine „grüne Wirtschaft“ ist Motor für Wachstum und Beschäftigung. 1,8 Millionen Deutsche arbeiten im Umweltbereich. Die geplante Verminderung des Treibhausgasausstoßes bis 2020 erfordert große Investitionen, schafft so rund 630.000 neue Jobs und erbringt ein um 80 Milliarden Euro höheres Bruttoinlandsprodukt, bestätigt das Umweltbundesamt. Die Umwelttechnologie zählt zu Deutschlands wichtigsten Exportgütern. Bis 2020 sollen Umwelttechnologien einen Anteil von 14 Prozent am deutschen Bruttoinlandsprodukt haben. Weltweit werden dann mit Umwelttechnologien circa 3,2 Billionen Euro umgesetzt werden.

Wirtschaftlichkeit als Antrieb

Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit sind wirtschaftliche Überlegungen deshalb ein starker Antrieb, Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Doch es handelt sich um eine langfristige Aufgabe. „Green Economy ist Weg und Ziel zugleich“, betont man bei UNEP. Die Industrieländer haben Jahrzehnte gebraucht, bis sie Nachhaltigkeit für sich entdeckten. Die Schwellenländer wissen um die Fehler der Industrienationen und um die Gefahr, sie zu wiederholen – immerhin ist heute China der größte Produzent von Treibhausgasen. Zunehmend versuchen die Schwellenländer jedoch – unterstützt von der internationalen Zusammenarbeit –, Fehlentwicklungen zu vermeiden. „Wir können der Praxis der Industrieländer nicht folgen. Wir haben unsere eigene Kultur und müssen unsere eigenen Lösungen finden“, erklärt zum Beispiel die Initiative „Green Economy India“.

Jetzt kommt es darauf an, auch die wenig entwickelten Länder einzubeziehen. Die gute Ökobilanz der Industrieländer ist nämlich zum Teil erschummelt, weil schadstoff- oder energieintensive Industriezweige von ihrem Territorium in die Schwellenländer verlegt wurden. Statt sich selbst mit den ökologischen Problemen der Produktion herumschlagen, importieren die reichen Länder die fertigen Produkte. Die Schwellenländer ihrerseits reichen das Problem inzwischen an die armen Länder weiter, um ihre Umwelt zu schützen und sich einen Namen als saubere Produktionsstandorte zu machen. Indem das Problem durchgereicht wird, löst man aber keine globalen Aufgaben. Das funktioniert nur durch »



2,1*

CHINA



8,9*

KUWAIT

* Wenn alle Menschen so lebten wie in diesem Land, bräuhete man pro Jahr theoretisch so viele Erden wie angegeben, um ihren Verbrauch zu decken. Quelle: The Happy Planet Index 2.0

ein gemeinsames Verantwortungsbewusstsein, das sich in mehr Gerechtigkeit und einem Nord-Süd-Ausgleich konkretisiert. Experten raten zum Beispiel zum Abbau von Subventionen, die die Entwicklungsländer benachteiligen, etwa in der Landwirtschaft. Ein mögliches Ausgleichsinstrument ist der Emissionshandel, durch ihn erhalten die Entwicklungsländer erhebliche Finanzmittel für die Umweltpolitik. Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker, Träger des Deutschen Umweltpreises, plädiert für weltweit gleiche Emissionsrechte pro Kopf der Bevölkerung: „Wäre das etabliert, müssten wir aus dem Norden Emissionsrechte in großer Zahl im Süden einkaufen, und im Süden stellte sich sofort bei jeder CO₂-relevanten Wirtschaftsentscheidung die Alternativfrage: Ist es lukrativer, den Plan auszuführen oder die entsprechenden Emissionsrechte im Norden zu verkaufen und mit dem Geld Effizienzverbesserungen zu bezahlen?“

Auch sind weitere Finanztransfers nötig, um den Schwellen- und Entwicklungsländern den Aufbau nachhaltiger Ökonomien zu ermöglichen. Ende letzten Jahres wurde beim Klimagipfel in Cancún die Einrichtung eines Fonds beschlossen, um diese Länder bei einer klimafreundlichen Entwicklung zu unterstützen. Bis 2012 sollen Entwicklungsländer insgesamt 30 Milliarden Dollar dafür bekommen, ihre Wirtschaft mit modernen Technologien auszustatten.

Bis 2020 sollen sogar 100 Milliarden Dollar jährlich mobilisiert werden. An guten gemeinsamen Ansätzen mangelt es nicht. Jetzt kommt es darauf an, sie konsequent weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen. Große Hoffnungen ruhen in dem Zusammenhang auf dem Weltgipfel im nächsten Jahr. Auch hier unterstützt die GIZ: Im Auftrag von BMU und BMZ bereitet sie die Konferenz „The Water, Energy and Food Security Nexus – Solutions for the Green Economy“ in Bonn vor, auf der der deutsche Beitrag für den Gipfel in Rio erarbeitet werden soll.

Die Bundesregierung wünscht sich von Rio+20 die Gründung einer Welt-Umweltorganisation, die die Verwirklichung der „Green Economy“-Ziele vorantreibt. Die Regierungen sollen maßgeschneiderte Beratungs- und Hilfsangebote bekommen, damit sie ihre Wirtschaftsweisen auf Nachhaltigkeit und Effizienz umstellen können. Aber auch die Schwellenländer sind gefordert, sich zu internationalen Abkommen zu bekennen, denn nur mit ihrer Unterstützung lassen sich die globalen Klimaschutzziele erreichen. Noch ist die nachhaltige Wirtschaftsweise tatsächlich eine Vision – aber sie gewinnt immer schärfere Konturen. ■

www.giz.de/jahresthema

www.giz.de/eschborner-fachtage

VON GIPFEL ZU GIPFEL: DIE POLITIK AUF DEM WEG ZUR NACHHALTIGKEIT

Es begann in Rio: Der Weltgipfel von 1992 machte nachhaltige Entwicklung zum globalen Thema. Die Forderungen und Ziele von vor 20 Jahren beschäftigen die Staatengemeinschaft nach wie vor.

1992

Weltgipfel in Rio de Janeiro zum Thema Umwelt und Entwicklung
Ergebnisse: Die Agenda 21 wird von 173 Staaten unterzeichnet und gilt als das „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“, das umwelt- und entwicklungspolitische Ziele formuliert. Die Klimarahmenkonvention ist der erste internationale Vertrag, der die Staatengemeinschaft zum Handeln verpflichtet. Die Convention on Biological Diversity verpflichtet zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur nachhaltigen Nutzung der Ressourcen.

1997

Weltgipfel Rio+5 in New York
Ergebnisse: Der Gipfel machte deutlich, dass seit Verabschiedung der Agenda 21 nur bescheidene Fortschritte erzielt wurden, zum Beispiel in den Bereichen Klimaschutz und Wasser. Das in New York verabschiedete Schlussdokument „Programme for the Further

Implementation of Agenda 21“ enthält allerdings auch nur wenige konkrete Verpflichtungen für künftige Maßnahmen.

2002

Weltgipfel in Johannesburg zum Thema Nachhaltige Entwicklung
Ergebnisse: Verabschiedung der politischen Erklärung „The Johannesburg Declaration on Sustainable Development“ und eines Aktionsplans „Plan of Implementation“. Prioritäten und konkrete, terminierte Ziele – darunter die Millenniums-Entwicklungsziele – werden formuliert.

2012

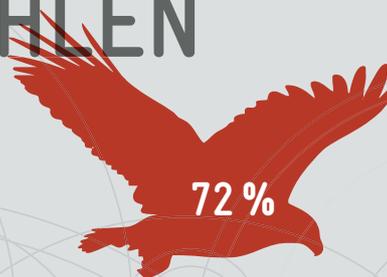
Weltgipfel Rio+20 in Rio de Janeiro zum Thema Green Economy in the context of Poverty Eradication and Sustainable Development
Erhoffte Ergebnisse: Stärken des politischen Bekenntnisses zur nachhaltigen Entwicklung. Ein Umdenken in Entwicklungsfragen soll gefördert werden, um global einen akzeptablen Lebensstandard zu erreichen, gleichzeitig jedoch die Ökosysteme und Ressourcen zu bewahren. Neue Lösungen, um die seit 150 Jahren praktizierte, nicht nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu reformieren.

NACHHALTIGKEIT IN ZAHLEN

70%

des Wasserverbrauchs weltweit entfallen auf den Agrarsektor.

QUELLE: BPB 2010



72%

aller Lebensräume für Tiere und Pflanzen sind in Deutschland gefährdet oder sogar akut von Vernichtung bedroht, so die Rote Liste von 2009.

QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

3€

am Tag verdient eine Familie in Guatemala auf der Kaffeeplantage – dafür arbeiten meist auch die Kinder mit. Ein fairer Lohn würde den Preis für eine Tasse Kaffee um nur 2 Cent erhöhen.

QUELLE: DAS ERSTE 2010



2

Erden werden im Jahre 2030 theoretisch erforderlich sein, um unseren Verbrauch zu befriedigen, wenn sich die Wirtschaftsweise nicht ändert. Davon geht man – nach konservativen Schätzungen – bei den Vereinten Nationen aus.

QUELLE: VEREINTE NATIONEN 2010



3,5 Mio.

Bis zu 3,5 Millionen neue Jobs könnten laut Internationaler Arbeitsorganisation allein in den USA und Europa durch Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden entstehen.

QUELLE: ILO 2008

788.000 €

investierte Vietnam in den Schutz und die Aufforstung von Mangrovenwäldern – und sparte dadurch circa 5,2 Millionen Euro für Deichbauten.

QUELLE: BANK OF NATURAL CAPITAL 2010

